

Herr Sonntag erklärt, dass die beantragte Akteneinsicht erfolgt sei, aber noch nicht ausgewertet werden konnte. Er führt aus, dass seine Fraktion heute keinen Beschluss treffen möchte, es sich aber anbiete, dieses Thema inhaltlich zu beraten.

Unter den Mitgliedern besteht Einigkeit, nur über Punkt 1 der Vorlage abzustimmen.

Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert eingehend den aktuellen Sachstand. Das eine sei beschlussgemäß erfolgte Beantragung des GIB-Flächentauschs im vor die Neuaufstellung des Regionalplans vorgezogenen, möglichst vereinfachten Verfahren. Hierzu sehe man inzwischen kaum Erfolg, woraus sich der Vorschlag zur Rücknahme dieses Antrags begründe. Davon zu unterscheiden sei die Anmeldung des Flächentauschs im Rahmen der laufenden Änderung des Regionalplans über das Gewerbeflächenkonzept des Kreises, also im gestreckten Verfahren. Diese sei erfolgt, siehe Hauptausschuss vom 26.11.2012, und solle weiter verfolgt werden. Beides habe dasselbe Ziel. Allein das Verhältnis der beiden denkbaren Standorte im GIB an der K27 solle geändert werden, so dass Standort 1 nunmehr primär werde.

Weiterhin erklärt er zu Punkt III der Vorlage, dass die Prüfung, ob die ausgewiesene GIB Fläche „Altebach 2“ entwickelt werden soll, vorsorglich sei, da derzeit niemand verlässliche Aussagen darüber abgeben könne, ob der Flächentausch im Regionalplan wirklich erfolgt. Die Verwaltung halte es für fahrlässig, bei der beschriebenen Lage und der deutlichen zeitlichen Verschiebung der Entscheidung zum Flächentausch die Entwicklung von Altebach 2 liegen zu lassen.

Auf Nachfrage einiger Ausschussmitglieder erläutert Erster Beigeordneter Sterzenbach detailliert, weshalb die Verwaltung auch die Option zur Erweiterung des Gewerbegebietes Altebach 2 weiter prüfe, wie eine Kooperation mit der Stadt Hennef aussehen könnte, soweit sie überhaupt in Frage komme und informiert nochmals, weshalb der Flächentausch durchgeführt werden soll.

Herr Lorenz hält den Beschlussvorschlag, die Standorte zu tauschen für vorteilhaft. Zur Historie erläutert er, dass damals bis auf eine Gegenstimme beschlossen wurde, die ortsnahe Fläche zu priorisieren, weil die Bezirksregierung diesem Standort mehr Umsetzungschancen zugesprochen habe. Ursprüngliches Ansinnen des Ausschusses sei gewesen, die Fläche näher der B 8 auszuweisen.

Aus den Reihen der Ausschussmitglieder werden zu dem Thema „Kooperation mit der Stadt Hennef“ einige Fragen beantwortet. Nach Kenntnis der Verwaltung werde die Planung eines Gewerbegebietes in der Nähe von Buchholz-Mendt derzeit nicht mehr vorangetrieben. Falls eine Kooperation in Frage käme, sehe diese wahrscheinlich so aus, dass diese Gewerbeflächen vollständig auf dem Stadtgebiet von Hennef ausgewiesen würden und sich Eitorf im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung o.ä. an den Planungskosten etc. beteiligen würde und im Gegenzug anteilig Gewerbesteuern etc. erhält.

Herr Sonntag erläutert, dass wenn man weiter über das Gewerbegebiet Lindscheid sprechen würde, Standort 1 auch für die CDU-Fraktion sinnvoller erscheine. Desweiteren fordert er, im Rahmen der Erstellung des Gewerbeflächenkonzeptes zu prüfen, ob die in 2011 gemeldeten Flächen noch auf dem aktuellen Stand sind, ob die Gemeinde auf ihrem Gebiet über Flächen für Gewerbe verfügt, welche Flächen sich eignen und wo sich diese befinden. Er vertritt die Auffassung, den Blick auf das gesamte Gemeindegebiet zu erweitern. Eventuell mache es Sinn, zur nächsten Ausschusssitzung Dr. Tengler oder Kollegen von der Kreiswirtschaftsförderung beizuladen, um nähere Erläuterungen zum aktuellen Prozess des Kreises zu erhalten und nach der Einschätzung zu fragen, ob die weitere Planung des Gewerbegebietes Lindscheid Sinn macht. Auch hätte die Bürgerinitiative dann die Möglichkeit, Fragen an den Kollegen zu richten.

Erster Beigeordneter Sterzenbach geht auf eine Studie aus dem Jahr 2001 ein, in der das Gemeindegebiet auf potenzielle Gewerbeflächen untersucht wurde. Bereits das damalige Ergebnis sah nur die zwei Standorte Erweiterung Altebach und das Gebiet an der K 27 vor.

Herr Sonntag argumentiert, dass es Sinn mache zu prüfen, ob der angegebene Flächenbedarf notwendig sei, oder ob dieser geringer angesetzt werden kann.

Erster Beigeordneter Sterzenbach erläutert auf Nachfrage von Herrn Sonntag den Unterschied der beiden Genehmigungsverfahren. Wenn es Wille des Ausschusses und des Rates sei, eine komplette

Neubedarfsaufstellung durchzuführen, werde dies umgesetzt und der Tauschantrag würde zurückgezogen.

Herr Sonntag berichtet über ein Schreiben des Rhein-Sieg-Kreises an die Stadt Hennef und die Gemeinde Eitorf vom 31.7.13. Nach seiner Auffassung hätte dieses Schreiben dem Ausschuss vorgelegt werden müssen und er bedauert, dass dies verwaltungsseitig unterlassen worden sei.

Erster Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass dieses Schreiben keine Informationen enthalte, über die der Ausschuss nicht, wenn auch zusammengefasst, durch die Vorlage ohnehin bereits informiert wurde. Er geht die einzelnen Absätze kurz durch und erläutert diese. Das Schreiben liegt als Anlage der Niederschrift bei.

Herr Kemmler erläutert, dass man nach seiner Auffassung nach nicht zurückgehen sollte um erneut in die Flächenprüfung einzusteigen. Dies sei nicht zielführend und mache den Eindruck, als wolle man eine Entscheidung verschieben. Er hat Sorgen, inwieweit eine steigende Uneinigkeit im Ausschuss das Ziel der Gewerbegebietsentwicklung gefährde.

Herr Lorenz führt aus, dass man sich weitestgehend einig darüber sei, Eitorf weiterzuentwickeln, um auch zukünftig Steuern zu generieren und Arbeitsplätze zu sichern. Allerdings könne man sich jede weitere Diskussion über den Standort Lindscheid ersparen, da die Gewerbegebietsentwicklung durch das Projekt „Chance 7“ unmöglich gemacht werde. Trotz des Nichtbeitritts blieben die Kerngebiete in Eitorf weiterhin bestehen. Eine davon befinde sich im Bereich des Standortes 1. Gemäß den Richtlinien sei es das Ziel, die Kerngebiete langfristig in Naturschutzgebiete umzuwandeln. Folge dessen sei ein Bauverbot mit Mindestabstandsflächen.

Er erklärt, dass Eitorf bereits heute über eine besonders hohe Artenvielfalt verfüge, von denen Industriegebiete in Ballungsgebieten im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen profitieren, allerdings Eitorf nicht.

Vorsitzender Gräf führt aus, dass der Landrat gegenüber der Gemeinde Eitorf erklärt habe, dass sein Umweltdezernat dafür sorgen wird, dass der Standort 1 nicht überplant und mit konkreten Maßnahmen belegt werde, solange keine Entscheidung zum Gewerbegebiet getroffen wurde. Herr Lorenz hält diese Aussage für eine täuschende Lüge, weil die Kerngebietsflächen weiterhin in den Planungen bestehen blieben.

Herr Sonntag hinterfragt, ob die Gewerbegebietsentwicklung in Lindscheid nur vorangetrieben werden soll, um das Projekt Chance 7 zu verhindern. Wenn das Projekt sowieso komme, wäre es dumm nicht beizutreten, da so keine Fördermittel durch Verwaltung und Privatleute in Anspruch genommen werden können.

Herr Sonntag beantragt, einen Vertreter der Kreiswirtschaftsförderung einzuladen, damit die Möglichkeit bestehe, vorhandene Fragen zu klären, damit die Gemeinde bei der Erstellung des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes keine Fehler begehe und die richtige Zielsetzung bestimmt wird. Es besteht Einigkeit, auf eine Abstimmung zu verzichten, da die Verwaltung zugesichert hat, die Einladung vorzunehmen.

Vorsitzender Gräf geht auf den Beschlussvorschlag Nr. 1 über die Anregungen und Forderungen der Bürgerinitiative ein. Herr Sonntag beantragt, die Abstimmung über diesen Punkt bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss Nr. XIII/20/223

Der Antrag auf Verschiebung der Abstimmung zu den Anregungen und Forderungen der Bürgerinitiative wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen (4 CDU, 1 Grüne)

9 Nein-Stimmen (6 FDP, 2 SPD, 1 UWG)

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag Nr. 1 abstimmen.

Beschluss Nr. XIII/20/224

Den Anregungen und Forderungen der BI „Keine Gewerbegebiete für Lindscheid“ wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen (6 FDP, 2 SPD, 1 UWG)

5 Nein-Stimmen (4 CDU, 1 Grüne)